

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis BochumDruck und Verlag: Buchdruckerei W. H. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Dudenbergstraße 11, Fernsprecher 125. • Postfach 100 Dortmund Nr. 3693.
Schriftleitung: Dudenbergstraße 4, Fernsprecher 125.

Nr. 134.

Donnerstag, den 11. Juni 1925.

97. Jahrgang.

Die Diskussion über den Sicherheitspakt

Die Gefahren
für den Sicherheitspakt.

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, 10. Juni.

Bemerkenswerte Äußerungen Baldwin.

w. London, 10. Juni. Baldwin erklärte heute im Unterhaus:

Es wurde nach dem Sicherheitspakt unterzeichnet und es wird keiner abgeschlossen, ohne daß dem Parlament Gelegenheit zu einer vollen Aussprache gegeben wurde. Gegenüber gewissen Mißverständnissen, die in der öffentlichen Meinung entstanden sind, stellt sich die Lage heute so dar, daß die englische und französische Regierung nach sorgfältiger Erwägung aller am 9. 2. der französischen Regierung gemachten deutschen Vorschläge zu einem vollen Einverständnis über gewisse grundlegende Prinzipien gelangt sind, mit denen jedes derartige Abkommen übereinstimmen muß, wobei aller Anlaß zu der Erwartung besteht, daß Belgien und Italien ihre Zustimmung geben werden. Dem Vernehmen nach werden jene Ansichten von der französischen Regierung Deutschland mitgeteilt werden. Wenn die deutsche Regierung dann die Ansichten teilen zu können glaubt, so würde für gegenseitige Verhandlungen über den Pakt zwischen den am Rheinland interessierten alliierten Mächten und Deutschland der Weg geöffnet sein und zwar auf dem Fuße der Gleichberechtigung. Das aus dem Auge gefasste Abkommen hat streng zweifelhafte Charakter und nicht einseitigen, wie es mißverständlich in einigen veröffentlichten Berichten dargestellt wurde. Sowohl die englische wie auch die französische Regierung sind der Ansicht, daß das Abkommen allen Signatarmächten, solange sie bei den Vertragsverpflichtungen bleiben, größtmögliche Sicherheit geben müsse. Andererseits kann der Pakt nicht von irgendeiner schuldigen Macht als Hebel geführt werden, um sich vor den Folgen eines schließlichen Bruches ihrer Vertragsverpflichtungen zu schützen. Der Pakt wird dem Parlament mitgeteilt, sobald Frankreich die Ansichten Englands und Frankreichs in Berlin mitteilt.

Am weiteren Verlauf der Sitzung fragte Kenneth, ob sich das Abkommen nur auf das Rheinland beziehe und ob darin Deutschlands östliche Grenzen oder überhaupt die Grenzen in Osteuropa irgendwie erwähnt würden. Baldwin erwiderte, es sei besser, über den Pakt erst zu sprechen, wenn der Staatssekretär des Auswärtigen zurückgekehrt sei. Es sei sehr schwierig, die von Kenneth berührten Punkte zu erörtern, ohne in großer Länge auf das Dokument, das noch nicht veröffentlicht werden könne, einzugehen. Der Pakt unterbreite sich in keiner Hinsicht von dem, was der Staatssekretär des Auswärtigen dem Hause bereits mitteilte.

Kritische Blätterstimmen aus England.
TU. London, 10. Juni. Die liberale Presse zeigt angesichts der Genfer Verständigung eine erhebliche Nervosität. Sie ist von den halbamtlichen Erklärungen keineswegs befriedigt und kritisiert vor allen Dingen die Methode der französischen Politik, eine halbamtliche Erklärung wie die der Dudenberg-Agentur vor der Veröffentlichung der französischen Note an Deutschland in die Welt setzen zu lassen. Das deutsche Angebot verdient eine bessere Aufnahme als dieser lüthige Bericht, schreibt die „Westminster Gazette“. Bevor nicht der tatsächliche Text der Antwort der englischen Regierung an Frankreich veröffentlicht ist, werden wir an dem Glauben festhalten, daß dieser halbamtliche französische Bericht eine Entstellung ist. Die „Daily News“ geben folgende Umschreibung der Lage: Zwei Tatsachen beherrschen die gegenwärtige Lage:

1. Die Verpflichtungen, die England anbietet, sind abhängig von dem Abschluß eines Paktes mit Deutschland.

2. Soweit die Rheingrenze in Betracht kommt, so ist die englische Verpflichtung nicht nur die, sich gegen deutsche Angriffe zu verteidigen, sondern ebenso gegen französische Angriffe. Die Lage ist im Ganzen die, daß keinerlei verbindende Verpflichtungen gegeben worden sind.

Die konservative „Morning Post“ schreibt: Wenn der Pakt zustande kommen wird, dann wird er für Europa das bedeuten, was das Abkommen von Washington für den pazifischen Ozean bedeutet. Im schlimmsten Falle wird er eine Ruhepause bringen, im besten Falle eine Regelung. Außerdem wird er die gesamte nationale Lage beeinflussen. Er bedeutet die allmähliche Annäherung Deutschlands an die Nationen des Westens und eine Schwächung oder Abdrängung Deutschlands von seinen Verbündeten und von Sowjetrußland.

Unzufriedenheit der Dominions?
TU. Paris, 10. Juni. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus London haben Kreise der britischen Dominions, besonders die Australier, ernsthafte Einwände gegen die Verpflichtung erhoben, die für die Truppen des großbritannischen Reiches die Teilnahme an einem kontinentalen Konflikt vorseht, vor allem mit

Rücksicht darauf, daß plötzlich eine Krise im Stillen Ozean ausbrechen könnte. In London anwesende Vertreter der Dominions erklären, daß das Problem des Stillen Ozeans das wichtigste Problem des britischen Weltreiches sei und daß die Streitkräfte im Stillen Ozean durch kein politisches oder militärisches Abkommen in ihrer Wirksamkeit gehemmt werden dürften.

Dissipation der britischen Arbeiterpartei.

London, 10. Juni. Nach dem Abkommen des Parlamentsberichterstatters des „Daily Herald“, die gesamte Arbeiterpartei werde sich dem Abkommen Chamberlains mit Beland widersetzen, daß nicht der Beginn eines allgemeinen Einberufens, den Frieden aufrechtzuerhalten, sei, sondern der Beginn individueller Pakte, Bündnisse und Garantien. Es werde nicht den Frieden fördern, sondern eine Atmosphäre für den Krieg schaffen. Seiner Ansicht nach werde England den Pakt nicht unterstützen, wenn es wisse, welche Lasten er ihm auferlege und welches Risiko es übernehme.

Christliche Aufnahme in Italien.

TU. Rom, 10. Juni. Die Havana-Note über die englisch-französische Verständigung über den Garantievertrag wird in der römischen Presse sehr skeptisch kommentiert. Die „Tribuna“ meint, dadurch wäre der europäische Friede nicht gesichert. Es blieben zu viele Fragen offen. England, das nach Zerstörung der deutschen Flotte und des deutschen Kolonialreiches sein großes Ziel erreicht habe, zeige wieder sein Interesse für kontinentale Verhältnisse und habe die am wenigsten gefährliche Bedrohung Deutschlands garantiert und die Garantie für die Dürre abgelehnt. Anders urteilen „Popolo“ und „Stella“ und „Dea Magionale“, von denen letztere schreibt: Im Grunde genommen garantiert England auch die Dürre, wenn es deren Unterbrechung zu schützen dem Völkerverbund überträgt. Die im Garantievertrag enthaltenen Unsicherheiten nehmen demselben jeden realen Wert für eine europäische Sicherung. Zu demselben Schluß kommt die „Epoca“, die die Havana-Note als ungewöhnlich verlegen charakterisiert, deren Zweck es sei, die öffentliche Meinung über die Tragweite der englisch-französischen Verständigung, die weit über den Versailles-Vertrag hinausgehe, irrezuführen.

TU. Rom, 10. Juni. Die Neuhering-Brands, das Garantieverabkommen basiere auf dem Versailles-Vertrag, sowie die Tatsache, daß Italien zu den eingehenden Verhandlungen zwischen London und Paris nicht zugezogen wurde, hat hier einen heftigen Eindruck hervorgerufen, besonders, da die englische Regierung erklärt hatte, Italien dürfe einen neuen internationalen Garantievertrag nicht fernbleiben. Nach Pressemitteilungen sollen die alarmierenden Nachrichten aus Italien zur österreichischen Anschlussfrage aus französischen Quellen stammen.

Nordamerikanische Presseurteile.
w. New York, 10. Juni. (Funkdruck.) „New York Times“ und „New York Herald and Tribune“ betrachten in der gleichen Weise das englisch-französische Übereinkommen über die Sicherheitsfrage als einen wichtigen Schritt vorwärts.

„New York Times“ sagt: Die Tatsache, daß sich der Entwurf lediglich auf die deutsche Westgrenze bezieht, läßt erkennen, daß Irland von der früheren französischen Politik abgekommen sei, die auf den Schutz gegenüber Deutschland sowohl im Osten als auch im Westen bestand. Die Welt erwartet den Beweis dafür, daß der gegenwärtige Plan durchführbar und endgültig ist. Welche Haltung Deutschland gegenüber dem vorgeschlagenen Viermächteabkommen einnehmen wird, muß abgewartet werden. Wenn das Problem der deutsch-französischen Grenze gelöst ist, wird viel Ungewißheit verschwinden.

„Herald and Tribune“ schreibt: Die britischen Abkommen und die Abkommen über die Schiedsgerichtsbarkeit werden den Status quo eher befestigen als schwächen, da auf diese Weise die europäischen Nationen in den Stand gesetzt werden, die Entwarnung mit größerem Vertrauen durchzuführen. So wird der Versuch für ganz Europa eine Wohlthat sein und auch die Frage der Regelung der Kriegsschäden erleichtert. Ein Angriff der Alliierten gegen Deutschland ist nahezu unbedenklich, wenn das Reich die Verpflichtungen des Versailles-Vertrages erfüllt.

Überfendung der französischen Antwortnote am Donnerstag.

TU. Paris, 10. Juni. Nach Genfer Meldungen wird die französische Antwortnote auf das deutsche Sicherheitsangebot Donnerstag nach Berlin abgesandt werden. Brian führt, wie bereits gemeldet, am Mittwoch abends nach Paris zurück. Chamberlain bleibt dagegen bis zum 11. Juni in Genf, da bis dahin die Arbeiten des Völkerbundrates wahrzunehmen beendet sein werden. Es wird befürchtet, daß die Note an Deutschland, deren Wortlaut jedoch erst endgültig festgelegt wurde, eine knappe Darstellung der Grundzüge enthalte, die für den Sicherheitspakt mit Deutschland maßgebend sein werden. Die deutsche Regierung wird an Hand des Schriftstückes die Bedin-

gungen, unter denen der Sicherheitspakt ausstünde kommen kann, auf das genaueste kennen lernen.

w. London, 10. Juni. „Times“ meldet, der Inhalt der Note, die die französische Regierung unter Zustimmung der britischen Regierung nach Berlin senden werde, würde in wenigen Tagen veröffentlicht werden. Dann würde man sehen, daß sich Chamberlain streng innerhalb der Grenzen und Anweisungen, die er seitens des Kabinetts empfangen hat, gehalten habe, und daß er keine Konzeptionen an Frankreich gemacht hätte, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Angehörige nicht notwendig gemeint seien, sondern Irland in jedem Punkte den britischen Einwendungen mehr als auf halbem Wege entgegengekommen sei.

Nur allgemeine Grundsätze in der Antwortnote an Deutschland?

London, 10. Juni. Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Herald“ zufolge ist gelten in britischen amtlichen Kreisen vollkommen im Uebereinstimmung, daß ein Abkommen, wie es in Paris geschloffen wurde, erlangt worden sei oder auch nur in Aussicht genommen werde. In Genf sei nur der Inhalt der nach Berlin zu sendenden Note vereinbart worden. Es werde eine freundschaftliche Note sein, die den deutschen Vorschlag eines Paktes gegenseitiger Garantien begrüße und ganz allgemeine Grundsätze niederlege.

Der deutsche Vorschlag.

TU. London, 10. Juni. Die „Times“ veröffentlicht heute den Wortlaut der deutschen Note vom 9. Februar über den Sicherheitspakt, die kurz wiedergegeben folgende Punkte enthält:

1. Die deutsche Regierung erkennt es als notwendig an, daß eine befriedigende Lösung der Sicherheitsfrage gefunden werde.

2. Sie macht daher einen Vorschlag, dessen Grundlagen die Ideen des Einmächteabkommens vom Jahre 1922 seien.

3. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, einen Pakt mit anderen Mächten abzuschließen, die lebenswichtigen Interessen am Rhein besitzen, insbesondere mit Frankreich, England und Italien, und zwar in der Absicht, einen Krieg zwischen den Unterzeichnern auf beträchtliche Zeit hinaus unmöglich zu machen.

4. Der Pakt soll die Form einer Verpflichtung der Unterzeichner gegenüber den Vereinigten Staaten enthalten.

5. Gleichzeitig soll ein allgemeines Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich, Deutschland und Belgien abgeschlossen werden, und zwar nach dem Vorbild der Schiedsgerichtsverträge, die in neuerer Zeit in Europa abgeschlossen wurden.

6. Rechnerische Schiedsgerichtsverträge können auch mit anderen Staaten zur friedlichen Regelung von politischen und Rechtsstreitigkeiten abgeschlossen werden.

7. Deutschland werde einem lokal begrenzten Pakt, der eine Garantie des territorialen Status quo am Rhein bedeutet, zustimmen. Die Garantie der unterzeichnenden Mächte soll eine kollektive und individuelle sein.

8. Ein solcher Pakt kann die Garantie der Entmilitarisierung, die in Artikel 42 und 43 des Friedensvertrages vorgesehen ist, enthalten.

9. In diesem Falle würde der Pakt die oben erwähnten Schiedsgerichtsverträge in sich schließen.

10. Die deutsche Regierung sei bereit, einen lokalen Pakt in Erwägung zu ziehen als Teil eines Übereinkommens, das alle Staaten der Welt auf Grund des vom Völkerverbund vorgeschlagenen Protokolls umfaßt.

Die Entwaffnungsnote im Auswärtigen Amt.

TU. Berlin, 10. Juni. Im Auswärtigen Amt des Reiches ist heute eine Entwaffnungsnote des Reiches an den vorläufigen Standpunkt des Kabinetts zur Entwaffnungsnote. Soweit die Entwaffnungsnote die Belange der Reichswehr betrifft, äußerte sich Reichswehrminister Dr. G. Müller. Die Beantwortung, die in der Entwaffnungsnote sich gegen die Organisation der deutschen Polizei richtet, besprach Reichsinnenminister Schleier, während Reichsfinanzminister von Schlieben sich über die Wirkungen der Note auf den Haushalt des Reiches und die Rentabilität der Reichswehr äußerte. Im Rahmen des wirtschaftlichen Fragekomplexes, der durch die Entwaffnungsnote beeinflusst wird, äußerte sich Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nahmen die Abgeordneten Graf Westarp (Dn.), Dr. Weitzel (Dn.), Dr. Spahn (Dn.), von Rheinbaben (D. V.), von Freytagh-Loringhoven (Dn.), Dr. Fiedt (Dn.), Dr. Weitzel (Dn.), Dr. G. Müller (Dn.), Frau G. Müller (Dn.) und von Linde (Dn.) das Wort. Dann wurden die Verhandlungen abgebrochen.

In den deutschen Regierungskreisen steht man der Entwicklung der Sicherheitsfrage, wie sie sich nach den Genfer Besprechungen zwischen Chamberlain und Briand darstellt, mit großer Beforgnis entgegen. Man wird sehr versuchen müssen, die Durchmarschfrage, die in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen getreten ist, so zu klären, daß für Deutschland keine weiteren Bedenken bestehen. Sollte allerdings der Fall eintreten, daß die in einem Havasbericht angebotene Regelung von England angenommen wird, dann wäre der Gedanke des Sicherheitspaktes auf dem Boden der Gleichberechtigung tot, denn Deutschland könnte darin absolut keine Gewähr für die Garantierung seines Friedens erblicken. Die deutsche Regierung macht schon jetzt darauf aufmerksam, daß eine solche Lösung mit den Völkerverbündigungen völlig unvereinbar wäre. Das Auswärtige Amt ist, wie wir schon erfahren, sofort beauftragt worden, die Frage des Durchmarsches in einem Memorandum festzulegen und die französische These nachdrücklich zu widerlegen.

Die deutsche Regierung geht von der Auffassung aus, daß Frankreich im Falle eines Sicherheitspaktes im Rahmen des Völkerverbundes nicht die Befugnis erhalten könne, an seinen bisherigen außenpolitischen Bündnissen festzuhalten. Das Bündnisystem, das vom Völkerverbund ausdrücklich verworfen wird, würde in diesem Falle ganz offensichtlich die Spitze gegen Deutschland enthalten und die schwersten Gefahren in sich bergen. Wenn die deutsche Regierung über die Sicherheitsfrage verhandeln soll, so könnten ihr derartige unannehmliche Lösungen nicht zugemutet werden.

In Berlin hat man sich den Eindruck, daß die französische Regierung ernsthaft beabsichtigt ist, auf den deutschen Sicherheitsvorschlag einzugehen. Vielmehr hat die französische Diplomatie bisher alles getan, um den deutschen Vorschlägen auszuweichen und ihre sachliche Erörterung zu erschweren. Erschwert wird die Diskussion zweifellos durch die juristischen Spitzfindigkeiten, die bei der Aufstellung der Durchmarschfragen in die Debatte getragen worden sind. Die deutsche Regierung wird sich sehr schwerlich auf derartige juristische Erörterungen einlassen können, nachdem sie bereits in klarer und eindeutiger Form ihre Vorschläge formuliert hat. Bei den nächsten diplomatischen Unterhandlungen wird daher von deutscher Seite rundweg erklärt werden müssen, daß die Reichsregierung an ihren Vorschlägen festhält und jede andere Formel ablehnt.

An den unterrichteten Regierungskreisen nimmt man an, daß nunmehr die Reichsregierung in den nächsten Tagen, in der Lage sein wird, auch zur Entwaffnungsnote der alliierten Regierungen Stellung zu nehmen und im Anschluß daran die Frage aufzurollen, ob durch die Haltung der Alliierten das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes tatsächlich gefördert worden ist oder nicht. Deutschland habe seine Bereitwilligkeit, den Frieden zu garantieren, wiederholt in der nachdrücklichsten Form ausgesprochen, und es müsse jede Verantwortung für ein Scheitern dieser Verhandlungen abgelehnt, wenn sich auf Grund der Verhärterung der außenpolitischen Situation unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben sollten.

China.

Die Kämpfe in Kanton.

TU. New York, 10. Juni. Nach den letzten Meldungen aus Kanton hat sich aus den bisherigen Kämpfen in der Stadt eine förmliche Schlacht entwickelt. Bisher hat es auf beiden Seiten über 200 Tote gegeben. Die Soldaten haben die Befehle des großen Kanonenbootes der Regierung zu veranlassen gesucht, im Hafen eine Reihe von Handelschiffen zu versenken.

TU. Paris, 10. Juni. Nach einer Reutersmeldung aus Kanton dauert das Gefecht zwischen den Yuan und den Regierungstruppen noch an. Beide Parteien haben stark befestigte Stellungen bezogen. Die chinesischen Freiwilligen versuchen, die Arbeiter einer japanischen Mühle zum Streik zu verleiten. Da sich die Arbeiter weigerten, schossen die Freiwilligen auf die Arbeiter.

Shanghai, 10. Juni. (Reuters.) Der Schiffahrtsstreik dehnt sich weiter aus. Die Dampfer einiger Gesellschaften werden an den Western beladen, andere Dampfer haben nur geringe Ladungen an Bord. Vertreter von Streikenden sind nach Janking und Tschingien gereist, um die Befehlshaber der in diesen Häfen liegenden ausländischen Dampfer zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Auch die Ozeandampfer haben weniger Ladung an Bord, weil Hilfskräfte nicht zu erhalten sind. In Tschingien haben Studenten demonstriert; es wurde dort der Generalkonsul ausgerufen. In Kanton räumten die Ausländer die Gefährzone. In Peking hielten Studenten Kundgebungen ab und zogen Wagen und Räder, fremdschiffliche Abzeichen

Kommunalpolitische Tagung der Deutschen Volkspartei

Kreisverein Bochum - Stadt und -Land.

Bochum, 10. Juni. Heute Abend fand in der Wirtschaft "Unter der Linde" eine Kommunalpolitische Tagung des Kreisvereins Bochum-Stadt und -Land der Deutschen Volkspartei statt.

In seiner Begrüßungsansprache wies Schulrat Surmann auf die Bedeutung der Tagung hin. Der Wunsch nach einer solchen Tagung sei schon verschiedentlich laut geworden. Rühmlich sollten die Tagungen häufiger stattfinden.

Die Reihenfolge der Vorträge eröffnete Oberstudienrat Dr. Wendorff-Dortmund über den

Entwurf der neuen Städteordnung.

Der Redner gebot von der Deutschen Volkspartei aus dem Deutschen Städtebau an. Er vermochte daher den Stoff besonders interessant zu gestalten. Zunächst wies er auf die Bestrebungen zur Reform des Stadtrechts hin, die den Minister des Innern und seinen Mitarbeiter Dr. Ruer, den jetzigen Oberbürgermeister von Bochum, zur Ausarbeitung einer Denkschrift veranlaßten. Beide Herren kamen zu dem Schluß, daß zur Reform der Städteordnung eine Verfassungsänderung notwendig sei. Es schlossen sich dann umfangreiche Verhandlungen an. Für die deutschen Gemeindeverordnungen ist es kennzeichnend, daß die Verwaltung vom Berufsbeamtentum geführt wird. Dies hat sich in Preußen seit 100 Jahren bewährt und unterliegt sich auf diesem Gebiet besonders von England und Amerika. In Preußen gibt es hauptsächlich die Magistrats- und die Bürgermeisterversaffung, letztere besonders im Rheinland verbreitet. In der Magistratsverfassung besteht der Magistrat aus besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern, letztere nach der Verhältniswahl von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt. Daneben steht die Stadtverordneten-Versammlung. Weiter gibt es gemischte Ausschüsse, in der die Hauptarbeit geleistet wird. Bei der Bürgermeisterversaffung trägt die Verwaltung allein das Gemeinwesen, das zugleich Vorsitzender der Gemeindeverwaltung ist. Bei Stimmengleichheit kann der Bürgermeister sogar den Ausschlag geben. Diese Verfassung ähnelt der französischen, wo der Bürgermeister von 1850 der allein maßgebende Faktor war. Zweifellos hat die Bürgermeisterversaffung unter französischem Einfluß ihr gegenwärtiges Aussehen erhalten. Daneben gibt es noch zwei andere Arten der Städteverfassung, die föderale Städteverfassung und die sächsisch-thüringische Städteverfassung, die sich an engl. Vorbilder anlehnt. Die föderale Verfassung unterscheidet sich dadurch von der Magistratsverfassung, daß zur legislativen Versammlung auch die besoldeten Beigeordneten zählen. Auf der anderen Seite hat der Stadtverordnete sich an der Verwaltung zu beteiligen. Er wird als Beigeordneter unmittelbar mit der Verwaltung betraut, ist nicht nur legislativ, sondern auch exekutiv tätig. Bei der sächsisch-thüringischen Verfassung gibt es nur einen Verwaltungskörper, der die ganze Verantwortung trägt. Die Stadtverordneten-Versammlung gibt sich selbst den Vorsitzenden, der Berufsbeamte hat lediglich die Befehlsbefugnis der Stadtverordneten-Kollektive auszuführen.

Im Preussischen Städtebau war keine Mehrheit für das sächsisch-thüringische Stadtrecht vorhanden. Auch in England ist man daran, den Berufsbeamtentum den erforderlichen Einfluß auf die Stadtverwaltung zu sichern. Etwas Ähnliches hat sich in den Vereinigten Staaten an. Die verschiedenen Verfassungen ringen nun miteinander um den Sieg. Gegenwärtig liegt sogar ein soz. Antrag vor, das sächsisch-thüringische Stadtrecht einzuführen. Es ist aber eine

Entscheidung noch nicht gefallen.

Durch die Landtagsaufstellung und die preussische Krise ist die Angelegenheit inzwischen weiter verzögert worden. Aber ein Entwurf wird dem Preussischen Landtag noch in diesem Jahre vorgelegt werden. Der Preussische Städtebau hat inzwischen ein Rahmengesetz des Reiches für sich in Aussicht genommen. Sein Ausschuss will sich nochmals damit beschäftigen. Der Preussische Städtebau würde dann seinerseits einen Entwurf vorlegen, dem natürlich eine besondere Bedeutung zukommen würde. Leider hat sich innerhalb des Preussischen Städtebaues die Meinung mehrfach geändert. Schließlich hat man sogar noch die föderale Städteverfassung herangezogen, für die sich der Deutsche Städtebau inzwischen ausgesprochen hat. Seit der Tagung in Allenstein hat sich aber auch in dieser Beziehung wieder etwas geändert. Insbesondere haben sich die völkisch-parteilichen Vertreter des Preussischen Städtebaues gegen die föderale Verfassung ausgesprochen, und zwar mit der Begründung, daß für eine derartige

Vereinheitlichung noch nicht die geistigen Voraussetzungen

gegeben sind. Nun sind zwar auch gegen die Magistratsverfassung erhebliche Bedenken laut geworden, weil diese einen so schwerfälligen Verwaltungsapparat darstelle und jeder Beschluß sowohl vom Magistrat wie von der Stadtverordneten-Versammlung gefaßt werden müßte. Andererseits bringt also diese Schwerfälligkeit eine gewisse Stetigkeit, während ein Einmischungsakt zu sehr den Tagesströmungen unterworfen ist. Mit allem aber nicht diese Nachteile überwiegen. In der Bürgermeisterversaffung hat der Bürgermeister eine so autoritative Stellung. Bei der Beratung des Vorentwurfs hat man allerdings auch eine Verbesserung der Bürgermeisterversaffung erwogen, bezüglich, daß der Bürgermeister nicht mehr den Vorsitz in der Gemeindeverwaltung führt. Wahrscheinlich wird keine der 4 Formen der Städteverfassung sich im ganzen Reich durchsetzen. Im Herbst werden wir in der Frage genau so weit sein wie vor einem Jahre. Damit würde schließlich die

reichsgesetzliche Regelung unmöglich

werden. Man darf demgegenüber jedoch nicht verkennen, daß der vereinheitlichende Zug seit der Revolution durch den Ausbau der Reichsgesetzgebung große Fortschritte gemacht hat. Es besteht auch bereits ein Zusammenstoß der Gemeinden, auch der kleinen, für das ganze Reich. Es steht aber dahin, ob es gelingen wird, ein Reichsrahmengesetz zu schaffen. Im Augenblick können wir nichts weiter tun, als die Sache dilatorisch zu behandeln. Ohne große Stabilität im Innern können wir an eine gründliche Reform des Gemeinrechts nicht herangehen. Die Grundlagen im neuen Entwurf von Steins Geistes sind glücklicherweise unberührt geblieben. Wenn verschiedene Spielarten der Städteordnung haben wir bisher im Reich gehabt, also es wird stets doch bei einem Nebeneinander von mehreren Verfassungen bleiben. Wir müssen abwarten, bis sich die Verhältnisse konsolidiert haben.

Schulrat Surmann dankte dem Redner für seine interessanten Ausführungen.

In der anschließenden Rede sprach Dr. Rupperts über die Aufgaben der Städteverfassung, die die Stadtverordneten mehr zur Mitarbeit und Verantwortung kommen läßt. Das ganze Verfahren ist objektiv. In der Stadtverordneten-Versammlung werden die Vorlagen ohne ein Drängen des Bürgermeisters behandelt. Ein laienförmiger, ideenreicher Bürgermeister würde sich sehr gehindert fühlen durch ein gleichberechtigtes Kollegium, er könnte sich als Dirigent leicht besser auswirken. So in Köln. In Frankfurt a. M. mit der Magistratsverfassung haben sich dagegen auch tüchtige Bürgermeister (Miquel, Adickes) trotz der Magistratsverfassung auswirken können. In der Magistratsverfassung werden ferner tüchtige Mitarbeiter mit mehr Energie und Initiative arbeiten können als in der Bürgermeisterversaffung. Wenn also in der Bürgermeisterversaffung der Magistratsverfassung vorgezogen wird, so ist das ein Zeichen, daß Preußen, die Sanitätsstädte seit 1815 in einer Weise entwickelt haben wie in keinem anderen Lande der Welt. Es wird wohl in den meisten preussischen Provinzen so bleiben, wie bisher. Auch das Reichsrahmengesetz muß den Stempel der Persönlichkeit tragen.

In seinem Schlußwort wies der Vortragende auf zwei Gefahren hin, die der kommunalen Entwicklung drohen. Die liegen einmal in dem Streben nach reichsweiter Vereinheitlichung, nämlich in der Möglichkeit, daß das kommunale Recht immer mehr durch das Reich in den Hintergrund gedrängt werde. Weiter liegt eine Gefahr in dem Bestreben, das Berufsbeamtentum des Magistrats zu politisieren. Diesen Gedanken vertritt auch das Zentrum. Gewerkschaftsbeamte werden plötzlich Stadträte. Wenn sich die Politisierung in derselben Weise wie bisher fortsetzt, dann allerdings ist es an der Zeit, zu fragen, ob man die Magistratsverfassung beibehalten könne oder ob man nicht doch zur Bürgermeisterversaffung übergehen solle.

Hierauf sprach Stadtverordneter Dr. Rupperts über den

Provinziallandtag.

Am Mai 8. verhandelte der gegenwärtige Westfälische Provinziallandtag zum letzten Male. Es war der 69. Er trat 1826 ins Leben, hat aber im Laufe des Jahrhunderts durchgreifende Änderungen erfahren. Bis in die Mitte des Jahrhunderts bestand er aus vier Ständen: 1. Gefürchtete Personen, 2. Ritter, 3. Städte, 4. Die übrigen Personen. Diese letzteren waren die vorher nicht erwähnten Grundbesitzer. Der Landtag wurde durch den Rat, Kommissar, einstimmig durch 3 Räte, 2 Räte, 1 Räte, 1 Räte. Durchgreifende Änderungen erfolgten in den letzten Jahren und achtzig Jahren. Doch interessierten seine Verhandlungen wenig. Ganz anders ist es geworden nach der Umwandlung. Heute gehören dem Provinziallandtag 7-8 Personen aus Bochum an. Städte und Kreise sind gar nicht vertreten. Die Aufgaben des Provinziallandtags sind die in den kommunalen Selbstverwaltung: Kulturelle Fragen, Verkehrsfragen, Fürsorge. Große Gebiete fallen in diese Aufgaben nicht hinein. Der Haushaltsplan ist gar nicht einmal so groß, kaum doppelt so groß wie der Bochumer. Der Provinziallandtag hat jetzt 134 Mitglieder (darunter 50 Zentrum, 29 Rechte, 30 Sozialdemokraten, 6 Demokraten, 1 Pole). Der Vorsitzende wird jedes Jahr neu gewählt, zurzeit ist es der Oberbürgermeister Hamm-Meddinghausen (Zentr.). Lediglich ein Sohn des nationalliberalen Führers Hamm im Rheinland. Sehr eng ist das Zusammengehen der beiden Rechtsparteien, die sich zur „Vereinigung“ zusammengeschlossen haben. Sehr gut ist auf der rechten die Führung (Fehr, von Ledeberg, Justizrat Winkhorst, Oberbürgermeister von Dortmund Gichhoff). Wichtig ist der Provinzial-Ausschuss. An dessen Spitze steht der Oberbürgermeister von Dortmund, der neben dem ungenügend tüchtigen Landeshauptmann Dieckmann die maßgebende Persönlichkeit ist. In den letzten Verhandlungen wurde die Beteiligung der Provinz an der Schmelzhahn und an verschiedenen wirtschaftlichen Unternehmungen beschlossen. Westfalen hat sich übrigens vor wenigen Jahren gegen eine erweiterte Autonomie ausgesprochen. Heute spricht man gar nicht mehr davon. Daß die Provinz Westfalen auch an der Straßenbahn nach Berner beteiligt gewesen ist, dürfte weniger bekannt sein. Im Laufe der Jahre hat sie ihr Gesellschaftskapital mehr als doppelt vergrößert. Wenn in eine Körperschaft sachkundige Verwaltungsbeamte hineingehören, dann ist es der Provinziallandtag. Aber bei wirtschaftlichen Fragen ist auch der in der Wirtschaft stehende Mann nicht zu entbehren. Dringend notwendig ist jedenfalls eine neue Wahlordnung für die Provinz. Es muß eine Gewähr gegeben werden, daß jeder Kreis in dem Provinziallandtag vertreten ist.

Am Anschluß daran führte Dr. Rupperts noch

Bauprogramm der Stadt Bochum

aus: Die Stadt kam im März mit einem Programm heraus, das Kosten in Höhe von etwa 7 1/2 Millionen Mark erforderte. Die Bautätigkeit trat aber nicht in dem vorgesehenen großartigen Maße in Erscheinung. Es fehlen heute noch an 3000 Wohnungen, die in vier Jahren erbaut werden sollten. Wenn anzunehmen sei, daß ein Kapital von vielleicht 2 Millionen vorhanden wäre, würden somit aber noch immerhin 5 1/2 Millionen fehlen. Einen geringeren Teil würde die Hauszinssteuer bringen, etwa 4 Millionen müßten durch Anleihe aufgebracht werden. Die Anleihe kann aber noch nicht getätigt werden, sobald das großartige Bauprogramm ins Hintertreffen gerät. Es melbten sich viele Reflektanten, doch wurden feste Pläne nur von etwas über einem Drittel dieser Leute unterbreitet.

In der Stadtverordnetenversammlung am nächsten Freitag wird eine Magistratsvorlage, die Bauten betreffend, beraten werden. Die städtische Sparkasse wird eine Million Mark für Baupurwe zur Verfügung stellen und zwar unter Überbreitung der sonstigen Selbstbehaltungen, für welche die Stadt Bürgerschaft übernehmen muß. Aber selbst bei diesen günstigen Bedingungen darf nicht vergessen werden, daß die heutigen Gekostungen gegenüber denen der Vorkriegszeit große Differenzen zeigen, sobald das Bauen immerhin sehr schwer bleibt.

Der Stadt ist durch die Notwendigkeit des Bauens eine Aufgabe gestellt, die sie kaum lösen kann. Einerseits wird immerzu gefordert, es müssen Wohnungen geschaffen werden unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsgesunden, der kriegsbeschädigten Familien usw., andererseits haben die Gemeinden aber kein Geld, und die Aufnahme von Anleihen wird sehr erschwert. Trotzdem muß aber ganz ernstlich daran gedacht werden, wie die Wohnungsfrage praktisch gelöst werden kann, und zwar von den ausländischen Männern.

In Bochum sind die guten Wächter vorhanden; es wird auch gebaut, aber das Bauprogramm in seiner Ganzheit ist sehr gefährdet, der große Plan kann nur teilweise ausgeführt werden, weil eben die Mittel dazu fehlen.

In der sich an den Vortrag anschließenden Aussprache wurde ausgeführt, daß die Bautätigkeit immer wieder durch die ungeheuren Forderungen der Bauarbeiter gefährdet wird, die vom Baune gebrochenen Streiks lassen eine gewisse Gefährdung der Bautätigkeit nicht zu, sondern erzwingen die größtmögliche Arbeit. Die Gewerkschaftsführer müßten endlich zur Einsicht kommen. Ein anderer Redner glaubte in der Lösung der Wohnungsfrage dadurch voranzukommen, daß anstelle der Kleinhäuser in erst neu anzulegenden Straßen große Mietshäuser in den Straßen gebaut werden, die in ihrem Ausbau fertig sind. Dadurch würden große Kostenaufwände erspart, die beim Wohnungsbau ausfallen könnten. Die bei den Kostensparungen ersparten Mittel könnten auch beim Wohnungsbau untergebracht werden.

Da Wortmeldungen zur Aussprache nicht mehr vorlagen, dankte Schulrat Surmann in seinem Schlußwort, darauf hinzuwirken, daß derartige Tagungen wie die heutige in Zukunft einen vollständigen Besuch aller Interessierten aufweisen mögen, auf daß jeder nach dem Grundsatz handle:

Durch die Partei wollen wir unsern Vaterland dienen.

Soziales.

Zur Arbeitskammerwahl im Bergbau.

Aus Angestelltenkreisen schreibt man uns: Die am Freitag stattfindende Arbeitskammerwahl im Ruhrbergbau ist von größter Bedeutung, nicht allein für die Arbeiter, sondern auch für die Angestellten und Beamten, die in einer besonderen Absehung der Kammer die Möglichkeit haben, ihre Stellung zu den wirtschaftlichen und sozialen Fragen des Bergbaues zum Ausdruck zu bringen. Die in den Verbänden des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammengefaßten christlich-nationalen Angestellten und Beamten bemühen sich durch die Vorschlagsliste 5 um ihre Vertretung in der Arbeitskammer. Aus allen Zweigen der technischen Berufsarbeit haben sie erfahrene Berufsbevollmächtigte als Kandidaten aufgestellt. Sie betonen, daß die Mitglieder der Arbeitskammer sich leisten lassen in ihren Entscheidungen von den Grundgedanken der hinter ihnen stehenden Organisationen. Deshalb sei es außerordentlich wichtig, die auf christlichem und vaterländischem Boden stehenden Gruppen zur Geltung zu bringen, denn ihre Grundgedanken seien in hohem Maße geeignet, zur Befriedigung und zur Verbesserung der Verhältnisse im Bergbau beizutragen. Sie fordern alle Gewerkschaftsfreunde auf, am nächsten Freitag für den Erfolg der Angestellten-Vorschlagsliste 5 zu wirken.

Bergarbeiterkonferenz für den diesseitigen Ruhrbezirk.

Dahlhausen, 10. Juni. Der Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter hielt am Sonntag für die Bezirke Bochum, Gerdau, Langendreer, Witten, Ratingen auf dem Hertenstein eine sehr stark besuchte Delegiertenversammlung ab, die sich mit den brennenden Fragen der Bergarbeiterfrage beschäftigte. Folgende Entschlüsse an der Reichsarbeitsministerkonferenz wurden angenommen:

Die auf dem Hertenstein in Dahlhausen tagende, von mehreren hundert Personen besuchte Bezirkskonferenz des Gewerkschaftsrates christlicher Bergarbeiter (Bez. Bochum) beschäftigte sich ausgiebig mit der wirtschaftlichen Lage im Ruhrbergbau und der bevorstehenden Reform der Sozialen Versicherung. Die Konferenz forderte von der Regierung in andrerhand der Tatsache, daß von der Reichsregierung zum Schutze für unsere Stände besondere Maßnahmen stets getroffen wurden, auch für die Arbeiterklasse etwas zu

tun, um der großen Not und dem grenzenlosen Elend zu steuern. Die Konferenz verlangt besonders die baldige Einführung der Familienhilfe bei der Knappheit, da sonst für den Bergmannstand große Gefahren entstehen, weil kein Bergmann in der Lage ist, für seine Familienangehörigen ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Weiter protestiert die Konferenz gegen die systematischen Arbeiterentlassungen und Stilllegungen der einzelnen Werke.

Das Oberverwaltungsgericht zur Querenburger Gemeindevahl.

Die Revision gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses zurückgewiesen.

Kr. Querenburg, 10. Juni. Das Oberverwaltungsgericht in Berlin hat in seiner Verhandlung am 9. d. M. die Revision der Gemeindevahl von Querenburg gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses Arnberg vom 27. Januar d. J. zurückgewiesen und die 20 kommunikationsfähigen Stimmen für ungültig erklärt. Somit ist nach langem Kampfe die ungeschmackhafte Mehrheit, die sich seinerzeit der Gemeindevahl von Querenburg zu verschaffen getrachtet hatte, gebrochen, und die bürgerliche Seite steht mit 5 Stimmen als Mehrheit in die Gemeindevahl ein. Diese Entscheidung hat auch eine Neuwahl des Gemeindevorstandes und seines Stellvertreters zur weiteren Folge.

Legte Drahtmeldungen.

Militärkontrolle und Völkerbundrat.

Genf, 10. Juni. Der Völkerbundrat beschloß in einer vertraulichen Sitzung, die Frage der Ausübung der Militärkontrollen in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien durch die Völkerbundorgane auf die nächste Session des Rates im Dezember 1925 zu verschieben. Es handelt sich um die Festlegung der Modalitäten des Untersuchungsrechts, welches dem Völkerbund durch die Friedensverträge übertragen wurde. Die Ratsmitglieder waren allgemein der Meinung, daß die Frage zu weit nicht spruchreif sei.

Wiedereinführung der Rettungsmedaille in Preußen.

TU. Berlin, 10. Juni. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat das preussische Staatsministerium beschloßen, die Verleihung der Rettungsmedaille wieder einzuführen, da darin kein Verstoß gegen den Artikel 109, Absatz 5 der Reichsverfassung erblickt werden könne, und da sich auch die Reichsregierung auf den gleichen Standpunkt gestellt hat. Mit der beschleunigten Durchführung des Beschlusses ist das Ministerium des Innern beauftragt worden.

Entschliessung des Reichsbundes deutscher Mieter.

Berlin, 10. Juni. Der in Berlin verammelte Gesamtvorstand des Reichsbundes deutscher Mieter E. W. nahm eine Reihe von Entschliessungen an, worin u. a. gefordert wird, daß die bestehenden Bestimmungen des Mietrechts in jeder Beziehung nicht nur für die Wohnräume, sondern auch für die gewerblichen Räume aufrechterhalten bleiben. Eine weitere Entschliessung des Reichsbundes wendet sich gegen die Behandlung der Sparanhaltungen in der Regierungsvorlage. Die Regierungsvorlage fordert den höchsten möglichen Aufwandsfuß für die Gutshaben mit Hilfe der Reglementierung eines Teils der Inflationsgewinne.

Kreise des neuen nordamerikanischen Völkshatters in Berlin von Newyork.

Newyork, 10. Juni. Der neue nordamerikanische Völkshatter in Berlin, Schurmann, ist in Begleitung seiner Gattin und seiner Tochter auf dem „George Washington“ nach Europa abgefahren. „Das hoffe, so äußerte er sich bei seiner Abreise, daß ich umfassen sein werde, an der Vorbereitung der Bedingungen für den Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Mir liegt nichts so sehr am Herzen als die Wiederherstellung der Freundschaft zwischen der deutschen und nordamerikanischen Regierung und dem nordamerikanischen Völkshatter. Der Völkshatter wird auf seiner Reise auch dem nordamerikanischen Völkshatter in London, Dougherty, einen Besuch abstatten.“

Painleve in Maroko eingetroffen.

Paris, 10. Juni. Der französische Ministerpräsident Painleve ist heute Abend 7 1/2 Uhr im Flugzeug in Rabat angekommen.

Briand nach Paris zurückgekehrt.

Paris, 10. Juni. Briand ist heute von Genf nach Paris zurückgekehrt.

Wegen 86 Mordtaten zu 792 Jahren Kerker und zum Tode verurteilt.

TU. Jülich, 9. Juni. Aus Jülich wird gemeldet: Vor dem hiesigen Ausnahmegericht wurde der Prozeß gegen den berüchtigten Verbrecher Vojortsch, einem gebürtigen Juden, zu Ende geführt. Das Gericht nahm 86 Fälle von Mord, 35 Fälle von gemeinem Raub und zwei Fälle von Mordtaten als erwiesen an. Für die vor erlangter Volljährigkeit verübten Missetaten wurde er insgesamt zu 792 Jahren Kerker, für die Verbrechen nach erlangter Volljährigkeit zum Tode verurteilt. Vojortsch nahm das Urteil ruhig zur Kenntnis.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton und Handel: Dr. S. Kiebel; für Lokales und Rechte Nachrichten: Ernst Henke; für Provinziales und Sport: Ernst Hofmann; für den übrigen Textteil und Unterhaltungsbeilagen: Fritz Schöndt; für Inserate und Anzeigen: Emil Willig, sämtlich in Bochum.

Henko

Zum Einweichen

der Wäsche gibt es nichts besseres. Die schmutzlockernde Wirkung der als bewährten Henko, Honkel's Wasch- und Bleich-Soda ist geradezu überraschend. Nehmen Sie Henko, Sie erleichtern sich das Waschen außerordentlich!

Betten

reinigt
fachgemäß
Lindaus Betten-
Spezial-Haus
Bochum,
Lindboldstraße 2,
Ecke Weststraße.

Unsere erste Werbe Woche

steht im Zeichen außergewöhnlicher Billigkeit. Unsere reichhaltige Auswahl in Herren- und Jünglingskleidung bringt für jede Größe und jeden Geschmack das Richtige.

Damit ein Jeder von dieser günstigen Einkaufsgelegenheit profitieren kann, wird auf Wunsch die Ware auch schon bei einer kleinen Anzahlung ausgehändigt,

während wir für den Restbetrag, je nach Höhe der Kaufsumme, einen mehrmonatlich. Kredit

ohne jeden Aufschlag einräumen!

Solide Strapsaxier-Anzüge

aus starken Stoffen, gut verarbeitet

32.- 38.- 45.- 52.- 58.-

Feine Herren-Anzüge

aus neuen modernen Kammgarn-, Gabardine- und Whipcordsstoffen

75.- 85.- 95.- 110.- 125.-

Sport-Anzüge

und Loden-Anzüge, nur gute Qualitäten, mit langer oder kurzer Hose

48.- 58.- 68.- 82.- 98.-

Burschen-Anzüge

mit langer od. Breeches-Hose, nur gute Stoffe

28.- 35.- 42.- 48.- 58.-



Erdheim & Co.

Sabardine-Mäntel

eleg. zweireihige Form, mit Gurt

48.- 60.- 75.- 90.- 110.-

Silber-Joppen

in schwarz, blau und silbergrau, sowie helle Sommerjoppen

9.- 11⁵⁰ 13.- 16.- 19.- bis 36.-

Tennis-Hosen

in weiß, gestreift, grau usw.

14.- 19.- 24.- 27.- 32.-

Streif-Hosen

u. Breeches-Hosen, in großer Auswahl

4⁵⁰ 6.- 8.- 10.- bis 38.-

Kaiseraue

Heute Donnerstag (Fronleichnam)
4 Uhr nachmittags

Volks-Konzert BAARZ - Orchester

Leitung: Obermusikmeister a. D. W. Baarz.
K. Staub.

Kaffee Hackert

Diese Woche
Spezialität:
Frische
Stachelbeer-Torte
mit Schlagobers

PIANO

Wer ein
Piano

D. R. P.
Staatsmedaille
Gold, Ausstellungspreis

Lieferung frei Haus
Zahlungserleichterung

NB. In Sonder-Abt. Original-Grammophon, Künstlerplatten

Flügel oder Harmonium

anschaffen will, wende sich direkt
an Hof-Piano- u. Flügel-Fabrik

Roth & Junius

Hagen i. W. Bahnhofstr. 26.
(Filiale: Berlin am Zoo.)

VB. In Sonder-Abt. Original-Grammophon, Künstlerplatten

Vereinigte Stadttheater Bochum-Quisburg

Donnerstag, 11. Juni,
8¹⁵ C. 33.

Prinz Friedrich
von Homburg

Freitag, 12. Juni,
8¹⁵ C. 34.

Schiller-Vorstellung
Wallenstein

1. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

2. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

3. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

4. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

5. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

6. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

7. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

8. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

9. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

10. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

11. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

12. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

13. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

14. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

15. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

16. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

17. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

18. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

19. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

20. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

21. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

22. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

23. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

24. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

25. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

26. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

27. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

28. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

29. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

30. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

31. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

32. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

33. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

34. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

35. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

36. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

37. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

38. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

39. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

40. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

41. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

42. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

43. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

44. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

45. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

46. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

47. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

48. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

49. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

50. Teil Wallenstein's
Lager - Die Piccolomini.

Die Kaiseraue in Flammen.

Lohengrin-Malzaffee

Lohengrin-Kornkaffee

Lohengrin-Kaffee

Lohengrin-Mischung

Überall erhältlich in
Originalpackungen

Bei Einkäufen wollen unsere Leser
Merkmalen Sprecher inserierenden Firmen berücksichtigen

Rennen Horst-Emscher

Donnerstag, 11. Juni,
nachm. 3 Uhr.

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Jahrtausendfeier der Stadt Essen.

Künstlerische Veranstaltungen im Juni:

Dienstag, den 23. Juni, abends 7¹⁵ Uhr (Stadttheater)

Ein Sommernachtstraum

Fantastisches Märchenspiel von Shakespeare. Musik von Mendelssohn. (Preis 1)

Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr (Saalbau)

I. Festkonzert

ausgeführt vom
Wiener philharmonischen Orchester
(Staatskapelle)

unter Leitung von Bruno Walter.

Samstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr (Saalbau)

II. Festkonzert

ausgeführt vom verstärkten städtischen Orchester, dem gemischten Chor des Essener Musikvereins und dem gemischten Chor des Kruppischen Bildungsvereins. (Leitung: Musikdirektor G. E. Obsner. - Leitung Max Fiedler. - Beethoven: Erste und neunte Sinfonie (mit Schlusschor). - Solisten: Eva Bruhn (Sopran), Lili Neitzner (Alt), Walter Favre (Tenor), Bruno Bergmann (Baß).

Dienstag, den 30. Juni, abends 8¹⁵ Uhr (Stadttheater)

Die Meistersinger von Nürnberg

von Richard Wagner. - Gäste: Kammer Sänger Friedrich Plaschke (Hans Sachs), Kammer Sängerin Meta Seinemeyer (Evelyn), vom Sächsischen Staatstheater in Dresden, Kammer Sänger Otto Wolf (Stolzinger), Kammer Sänger Karl Seydel (David), vom Bayr. Staatstheater in München. - Chorverstärkung. - Sonderpreise.

Voranzeige für die Veranstaltungen im Juli:

11., 12. und 13. Juli: XIII. Deutsches Bachfest.

Preise der Plätze zu den beiden Konzerten: I. Platz 12.- Mk. (je 6.- Mk.), Vormieterpreis 10.- Mk., II. Platz 8.- Mk. (je 4.- Mk.), Vormieterpreis 6.- Mk., III. Platz 6.- Mk. (je 3.- Mk.), Vormieterpreis 4.50 Mk., I^{er} Platz 4.- Mk. (je 2.- Mk.), Vormieterpreis 3.- Mk. Abonnementsbestellungen zu beiden Konzerten sind ab 8. Juni ds. Js. an die Buchhandlung O. Schmemann Vischofstr. 16 (Farnut 533) und den Verkehrsverein (Handelshof, Farnut 8000) zu richten. Bis zum 18. Juni sind die bestellten Karten abzunehmen und zu bezahlen. Nicht abgeholte Karten werden anderweitig verkauft. Ab 18. Juni findet bei den vorbezeichneten Stellen der Einzelkarten-Verkauf statt; außerdem am Konzerttag an der Abendkasse. Zu den Vorstellungen im Stadttheater findet der Verkauf vom 15. 6. ab an der Theaterkasse und im Verkehrsverein (Handelshof) statt.

Nr. 13

Zweites

Bod

Nachdruck unter
im Auszug m

Vorhand

In der
wurde beschlo
neues Bahnh
Schaffung eines
tenhaus Lange
beschloß der
Jahre 1908 be
gewissen Bedin
Bei Beobachtu
ausfall, für di
den. Erneut n
stellendsteilen
fend Abbaum
Gelegenheit ist
ledigt.

Die Verwa
Verhandlung
wegen der be
Kf a p f i a
wies auf die
gaben. Die
Bergarbeiter
rung ab:

Die von
verfaßte D
Kuhgebiet
weil 1. in
welche mit
Verwaltung
stehen; 2. w
Anleitung und
wenigen V
Selbstkosten
Vorauslich
zu weiteren V
des Vorlaute
spannt fein.

Familie

Aus bergh

Die Tages
eine Aufsicht
lands, die un
arbeiter" f
die durch den
Knappheit für
ben sind. Es
kann, daß b
lichen Verlu
lichen Verlich
tungen bedau
niger, als die
haltung der
bräutlichen W
nen Forderung
lichen Zeitun
seit dem 1. 3
Welche Belas
rung für den
herber, daß 1
tasse nur 15,8
1925 mit ein
rechnen ist. 2
allein 25 Mi
näre, deren 2
(Auf die Mite
hauptsächliche
leute Anfruc
Dienstjahre 3
hens 15 Jah
richtig haben
verrichten.)

Nur beilauf
der Anfrucht
hons- und 2
Millionen W
Marz gegen
Es bedeutet
Lohnsumme,
liche Verliche

„Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Lohengrin's Zwainboul

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszug nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bochum, 11. Juni.

Vorstandsitzung der Ruhrknappschaft.

In der Vorstandssitzung der Ruhrknappschaft wurde beschlossen, in Kamen bei Reddinghausen ein neues Kohlenlager zu errichten. Die Kosten für die Anschaffung eines neuen Krantzenapparates für das Kranzenhaus Langendreer wurden bewilligt. Grundsätzlich beschloß der Vorstand, auszulassen, daß die vor dem Jahre 1908 vorliegenden Angelegenheiten unter gewissen Bedingungen wieder erworben werden können. Bei Beobachtungen soll für die ersten drei Tage Lohnausfall, für die übrigen Tage Hausgeld bezahlt werden. Erneut wurde über die Feinereitzeit von dem Angehörten der Knappschaft gestellten Anträge betreffend Abbaumassnahmen Stellung genommen. Die Angelegenheit ist nun zur Zufriedenheit beider Teile erledigt.

Die Verwaltung berichtet, daß am 18. April eine Verhandlung zwischen Interessenten stattgefunden hat, wegen der bekannten Angelegenheit des Hauses von Kappaschke in Kamen. Die Verhandlung wurde durch die Verwaltung gemachten Angaben in Widerspruch stehen; 2. wir die Aufschlüsselung der für die Verzinsung und Amortisierung des Anlagekapitals notwendigen Aufwendungen bei der Berechnung der Selbstkosten nicht als richtig anerkennen können.

Vorausichtlich wird es in dieser strittigen Frage zu weiteren Auseinandersetzungen kommen. Angehörten des Vorstandes der Erklärung kann man auf sie gespannt sein.

Familienhilfe in der Ruhrknappschaft.

Aus Bergbaulichen Kreisen wird uns geschrieben: Die Tageszeitungen des Ruhrbezirks veröffentlichen eine Aufschrift des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, die unter dem Titel: „Ein Aufruf der Bergarbeiter“ sich mit den unerfreulichen Folgen beschäftigt, die durch den Wegfall der Familienhilfe in der Ruhrknappschaft für die Bergarbeiterfamilien geschaffen worden sind. Es wird von keiner Seite bestritten werden können, daß der Wegfall der Familienhilfe den Bergarbeitern einen Verlust eines wichtigen Teiles der knappschaftlichen Versicherung bedeutet. Auch die Bergbauverwaltung bedauern diese Entwicklung, jedoch nicht weniger, als die gesamte Öffentlichkeit. Die Knappschaftshaltung der Familienhilfe ist jedoch gegen den ausdrücklichen Wunsch der Unternehmer an den übertriebenen Forderungen aus anderen Gründen der knappschaftlichen Leistungen, wie sie im Ruhrknappschaftsgesetz seit dem 1. Januar 1924 in Kraft sind, geknüpft. Welche Belastung gerade die heutige Pensionversicherung für den Ruhrbergbau bedeutet, geht z. B. daraus hervor, daß 1913 die Gesamtausgaben der Pensionskasse nur 15,8 Millionen Mark betrugen, während für 1925 mit einer Gesamtausgaben von 94 Millionen zu rechnen ist. Von diesen 94 Millionen Mark entfallen allein 25 Millionen auf die sogenannten Alterspensionäre, deren Zahl am 30. April schon 25.760 betrug. (Auf die Alterspensionäre haben nach dem neuen Ruhrknappschaftsgesetz ab 1. Januar 1924 diejenigen Bergleute Anspruch, die das 50. Lebensjahr vollendet, 25 Dienstjahre zurückgelegt, während dieser Zeit mindestens 15 Jahre wesentlich bergmännische Arbeiten verrichtet haben und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichten.) Die Pension beträgt z. B. 74,80 Mark. Nur beiläufig sei erwähnt, daß die Gesamtausgaben der Ruhrknappschaft für Kranken-, Unfall-, Alters-, Pensions- und Unfallversicherung in diesem Jahre 187 Millionen Mark oder pro Kopf der Versicherten 408 Mark gegen 103 Mark vor dem Kriege betragen wird. Es bedeutet das, daß heute 23 Prozent der gesamten Lohnsumme, statt früher 8 Prozent für die knappschaftliche Versicherung aufzuwenden sind.

Verbandstag des westfälischen Bäderinnungsverbandes.

Am 24. und 25. Juni findet in Bochum der Verbandstag des westfälischen Bäderinnungsverbandes statt. Es ist für die Tagung folgende Tagesordnung aufgestellt worden:

Mittwoch, 24. Juni,
vormittags 11 Uhr: Vorstandssitzung im Parkhaus. Danach schließt sich um 11½ Uhr die Generalprobe des westfälischen Sängerbundes „Germania“, um 2 Uhr ein Genossenschaftstag im Parkhaus. Es werden hier die wichtigsten Genossenschaftsfragen behandelt werden. Abends 8 Uhr: Vortrag von Professor Stein, Vizepräsident des Deutschen Genossenschaftsverbandes, und Direktor Drees. Für 4½ Uhr ist eine geschlossene Sitzung des Verbandstages im Parkhaus vorgesehen. Mit einem Begrüßungsabend im Parkhaus, 8 Uhr, verbunden mit Vortrag des westfälischen Sängerbundes, schließt der erste Tag.

Donnerstag, 25. Juni.

An den Empfang der auswärtigen Gäste am Hauptbahnhof schließt sich um 9½ Uhr vormittags eine große öffentliche Versammlung an, bei der u. a. Oberbürgermeister Dr. Ruer eine Begrüßungsansprache halten wird. Weiter werden sprechen Ehrenobermeister Dieckhoff-Bochum und Obermeister Märker. Es folgen Ansprachen der Vertreter der Parteien, der Handwerkskammer, des Zentralverbandes der Bäderinnungen, der benachbarten Bäderinnungsverbände und befreundeter Verbände sowie Gymnasien. Dann richtet Schulhaus Nienmeyer über die wirtschaftliche Lage des Bädergewerbes. Ein weiterer Vortrag wird noch bekanntgegeben. Ein Festessen schließt sich an. Am Abend findet das Stillestehen der hiesigen Bäder- und Konditorinnung im Parkhaus statt.

Mit Bestätigungen und Auslagen am Freitag erreicht der Verbandstag sein Ende.

Wetterbericht. Unverändert. Der Hochdruck hat sich weiter nach Westen verlagert. Sein Kern liegt über England. Westdeutschland liegt noch vollständig in seinem Bereich, während ein Tiefdruck über Ostdeutschland sich der Meeresküste nähert und in Schwellen Regen verursacht. Wir bleiben noch im we-

sentlichen im Bereich des Hochdrucks. Vorherfrage bis Freitag: Trocken, meist heiter, später teilweise bewölkt.

Heimkehrende Kinder. Die zurzeit im Kindererholungsheim Wälderhof bei Reusdahl untergebrachten Bochumer Kinder kehren Samstag, 13. d. M., nach hier zurück. Die Kinder treffen am genannten Tage voraussichtlich mit dem Zuge 9.47 Uhr vorm. auf dem Hauptbahnhof hier ein. Es wird gebeten, die Kinder am Bahnhof in Empfang zu nehmen.

Neuwahl von Abgeordneten zur Genossenschaftsversammlung. In der bereits kurz gemeldeten Vorlage des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung heißt es: Am 31. März 1925 ist die Wahlperiode der für die Zeit vom 1. 4. 1919 bis 31. 3. 1925 gewählten Abgeordneten zur Genossenschaftsversammlung der Genossenschaft abgelaufen. Es ist daher die Neuwahl der auf dem Stadtkreis Bochum als Genossen der Genossenschaft entfallenden Abgeordneten zur Genossenschaftsversammlung vorzunehmen. Die Wahl hat nach § 41 des Statuts für die Genossenschaft in Bochum als einer Stadt mit Magistratsverwaltung in einer gemeinsamen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters zu erfolgen. Die Anzahl der zu entsendenden Abgeordneten bestimmt sich nach dem Verhältnis des einzelnen Jahresbeitrages zur Jahresumlage in dem der Wahlperiode vorangehenden Beitragsjahre. (§ 41 II des Statuts.) Jeder Genosse entsendet wenigstens einen Abgeordneten; jedoch der Jahresbeitrag eines Genossen ein Hundertstel der Jahresumlage übersteigt, entsendet der Genosse einen zweiten und für je weitere oder angestiegene ein Hundertstel der Jahresumlage einen weiteren Abgeordneten (§ 41). Bochum hat nach der Veranlagung für das Rechnungsjahr 1924 einen gesamten Jahresbeitrag von 100.174,000 Mk. zu zahlen. Die Jahresumlage für 1924 beträgt 2.074.286,00 Mk., ein Hundertstel der Umlage also 20.742,86 Mk. Wählig sind 5 Abgeordnete zu wählen. Sind mehr als 2 Abgeordnete zu entsenden, so sind gemäß § 41 III, 91 des Statuts ihrem Beitragsverhältnis entsprechend zu berücksichtigen 1. Bergwerke, 2. andere gewerbliche Unternehmen, Eisenbahnen und sonstige Anlagen, 3. Gemeinden. In dem von Bochum zu entrichtenden Jahresbeiträge von 100.174 Mk. sind beteiligt: 1. Bergwerke mit 32.253,00 Mk., 2. andere gewerbliche Unternehmen mit 32.079,00 Mk., 3. die Stadtgemeinde mit 35.842,00 Mk. Demnach würden auf jeden der 3 Beteiligten etwa 1,7 Abgeordnete entfallen. Es wird beantragt, für die Stadtgemeinde 2 Abgeordnete, für die Bergwerke 2 Abgeordnete und für die anderen gewerblichen Unternehmen 1 Abgeordneten, zusammen 5 Abgeordnete, zu wählen.

Marktbericht. Der Wochenmarkt auf dem Wilhelmplatz zeigte trotz des schönen Wetters einen recht mäßigen Verlauf. Trotzdem die Anzahl in allen Richtungen eine sehr reiche war, war die Kaufkraft eine sehr mäßige, der Umsatz sehr gering. Das Geld fließte an allen Stellen. Die Lohndiener stiegen sich die bisherigen Preise; ebenso zeigten die Eier nur schwache Schwankungen. Landwurst wurde mit 1,70 angeboten. Der Höchstpreis für Butter betrug 2,00 Mark. Die Käsepreise in Schweizer-, Holländer- und Camembert waren je nach dem Fettgehalt einen Preis von 1,00—1,20 Mark auf. Margarine hielt einen Preis von 54 Pf. bis zu einer Mark. Der Fischmarkt zeigte schwache Anfuhr, auch herrschte hier wohl der Preis wegen sehr geringer Kaufkraft. Meeresfrüchte waren in großer Menge vorhanden; es mangelte auch hier an Liebhabern. Der Gemüsemarkt war sehr reichlich besetzt, namentlich in Frischgemüse. Kopfsalat und Spinat wurden mit 10 Pf., Kohlrabar mit 15, Blumenkohl mit 50—70, Spargel mit 80—90, neue Kartoffeln mit 1,00 Mark für 6 Pfund abgegeben. Apfelsinen stiegen im Preise, ebenso die beliebten Bananen. Erdbeeren konnte man gestern schon zu 90, Stachelbeeren zu 60 Pf. haben. Kirchen in den verschiedenen Sorten wurden mit 80 bis 120 Pf. pro Pfund abgegeben. Der Blumen- und Pflanzenmarkt war ebenfalls sehr reichlich besetzt. Blumenliebhaber fanden sich leider an diesem Tage auch nur in beschränktem Maße ein. Die Händlerchaft bemühte sich nach Möglichkeit, ihre Ware abzugeben. Am heutigen Fronleichnamstag sind sämtliche Märkte stillgelegt. Trotz des recht kläglichen Besuches hatte es ein Tageshieb fertiggebracht, einer Hausfrau die Geldtasche zu leeren. Natürlich war der Diebstahl mit seinem Raube verschwunden, ehe man seiner habhaft werden konnte.

Neuwahl von Aufsichtsrat der Bochumer Heimstätten-Gesellschaft m. b. H. Der Magistrat äußert sich darüber in der Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung wie folgt: Seit der Eröffnung Anfang 1922 ist die Stadt Bochum durch folgende Mitglieder und Stellvertreter im Aufsichtsrat der Bochumer Heimstätten-Gesellschaft vertreten: Mitglieder: Oberbürgermeister Dr. Graff, Abteilungsleiter Burmeister, Sanitätsrat Dr. Fischer, Stellvertreter: Justizrat Mummendorf, Prof. Dr. Droste, Abteilungsleiter Romad. Nach einer von dem Magistrat früher getroffenen Entscheidung sollen sowohl die Mitglieder als auch deren Stellvertreter den städtischen Körperschaften angehören. Da die bisherigen Vertreter der Stadt sämtlich aus den städtischen Körperschaften ausgeschieden sind, bitten wir bald eine Ersatzwahl vorzunehmen, wobei wir darauf hinweisen, daß gemäß § 9 des belienenden Gesellschaftsvertrages von den 3 Mitgliedern und auch von den Stellvertretern mindestens ein Mitglied dem Magistrat angehören muß. Im übrigen hat die Wahl in gemeinsamer Sitzung beider städtischen Körperschaften stattzufinden.

Das 4. Westf. Sängerbundfest soll nach dem Ergebnis einer jüngst abgehaltenen Sitzung der Bundesleitung vom 3. bis 5. Juli 1926 in Münster stattfinden. Am Darbietungen sind ein Massenkonzert des Westfälischen Sängerbundes in den Anlagen des Schützenhofes, Einzelkonzerte der führenden Vereine und Gausverbände in Sälen und auf öffentlichen Plätzen und Orchesterkonzerte des städtischen Orchesters Münster unter der Leitung Schulz-Dornbusch in Aussicht genommen.

Nationalflaggenparade. In diesen Tagen fand in Varmen der diesjährige Verbandstag des Westdeutschen Verbandes für Nationalflaggenparade statt. In der öffentlichen Festversammlung, an der der Professor, Oberbürgermeister Dr. Hartmann, erschienen war, sprach Erziehungsbekannt Wollrab-Gemüht über „Nationalflagge und deutsche Jugend“. Im Wettstreit wurden in deutscher Sprache 350 Silben, in englischer Sprache 160 Silben beste Leistung von dem 17-jährigen Elvick aus Düsseldorf und in französischer Sprache 140 Silben erreicht. Im Wettstreit betrug die Höchstleistung 501 Silben.

Reichsfest. Am 8. d. M. wurde nach Mitteilung der Kriminalpolizei Witten eine männliche Leiche aus der Ruhr gezogen, die wie folgt beschrieben wird: Alter: 25—30 Jahre, Größe: ca. 1,70 Meter, Haar: schwarz (Stachhaar), Bekleidung: braune Hose und Weste, (ohne Jacke oder Rock), Normalhemd, schwarze

Strümpfe und Schnürschuhe. Bei der Leiche befanden sich folgende Sachen: ein weißes Taschentuch, ein „S.“, worin 2,95 Mark — Bargeld — eingekloppt waren, und eine verpackte Tabakdose. Die Leiche mag einige Tage im Wasser gelegen haben. Gleichzeitig wurde in der Nähe der Leichenfundstelle eine Flasche, enthaltend einen Rettel mit der Unterschrift „C. Wanne“ gefunden, aus dessen Inhalt hervorging, daß der Mann wegen Diebstahls aus dem Leben geschieden sei. Ob der Leichenfund mit der Flaschenfund in Verbindung zu bringen ist, hat sich bisher nicht feststellen lassen. Jegliche sachdienliche Mitteilungen, die zur Identifizierung der Leiche dienen könnten, werden bei der Kriminalpolizei, Fahndendirektor 17, Zimmer 4, entgegengenommen.

Zusammenstoß. Gestern nachmittags gegen 8 Uhr ereignete sich an der Buddenbergstraße ein Zusammenstoß zwischen dem Gespann einer Mineralwasserfabrik und einem Automobil. Dem Gespann wurde die Deichselstange abgerissen. Eines der Pferde erlitt beim Sturz Verletzungen. Der Führer des Gespannes kam mit dem Schrecken davon.

Stadtkassier Bochum. Auf die Donnerstag, 25. d. M. im Stadtkassier (Eingang durch den Hausflur Mittenerstr. 8) stattfindende Verteilung der verfallenden Pässe aus der Zeit vom 16. 12. 24 bis 10. 1. 25 wird hierdurch besonders aufmerksam gemacht. Die verfallenden Pässe können noch bis zum Tage vor der Verteilung eingekloppt oder verlängert werden. (Vergl. Bekanntmachung im Anzeigenteil.)

Stadtkassier. Das Theaterbüro teilt mit: Für die heute stattfindende Schülerkonzerte können Schüler an der Tageskasse noch Einzelkarten, vornehmlich im Bereich, erhalten. Morgen folgt die Oper „Der ferne Klang“ von Franz Schreder. Die Aufführung gilt als 33. Vorstellung der Bormiete B. Sonntag folgt außer Bormiete die Wagnerische Oper „Tannhäuser“. Montag geht zum ersten Mal „Die heimliche Braut“ auf. Ein Lustspiel von Leo Benz, unter der Spielleitung von Viktor Ahlers, in Szene. Die Bühnenbilder schuf Ernst Preiser.

Leiche. Von heute ab läuft in der Leiche der Film „Das große weiße Schweigen“, der Aufnahmen von der Forchungsreise Kapitän Scott bringt. Der Film zeigt eine Fülle von zoologischen Aufnahmen aus der antarktischen Welt. Viel ausgezeichnete Landschaftsbilder geben eine Spannung, an der sich viele sogenannte Spielfilme ein Beispiel nehmen könnten, so laufen Presseurteile über dies Werk, das bei uns sicher großen Beifall finden wird.

Polizeibericht. In der Nacht vom 3. zum 4. d. M. wurde von einem Hofe an der Lindenstraße ein Kaffee, Inhalt 100 Liter, gestohlen. Das Kaffee ist rot gefärbt und trägt auf dem einen Ende das Zeichen „S.“. Am 8. d. oder in der Nacht zum 9. d. M. wurden aus einer Wäschekasse an der Hellwegstraße ein Oberhemd mit lila und grünen Karos und eine Damenbluse mit weiß und blauen Streifen entwendet. — Vorläufig festgenommen wurden: ein Buchdruckerlehrling, der von ihm gedruckte Eintrittskarten für verschiedene Veranstaltungen entwendet und damit Handel getrieben hat. — Festgenommen wurde ein Bergmann, welcher sich als Heilhilfe ausgab, um frante Personen, vorwiegend Frauen und Mädchen, durch Magnetismus und Hypnose in betäubender Weise zu heilen. Er verabschiedete ihnen Karos Wasser, das er durch magnetische Kraft präpariert haben wollte, zu hohen Preisen.

Aus dem Landkreis Bochum.

Ein neues Verwaltungsgebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Bochum.

Nach längeren Verhandlungen im Vorstand und Ausschuss ist die Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes endgültig genehmigt worden. Das neue Gebäude wird an der Ecke Uhlend- und Körnerstraße errichtet. Die Ausführung erfolgt nach einem Entwurf des Architekten Schmiedeknecht, dem auch die Bauleitung übertragen ist. Die bisherigen Räumlichkeiten waren schon längere Zeit jeder Richtung hin unzulänglich, weil die Wälderbergstraße seit Errichtung der Kasse sich ungeheuer vergrößert hat. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1924 5588 und ist jetzt auf 10.300 gestiegen. Der Beitragsfuß beträgt 5 v. H. des Grundlohnes und liegt somit unter dem Reichsdurchschnitt.

Gemeinderat Lär.

ad. Lär, 10. Juni. In der Gemeinderatssitzung fand ein umfangreiches Sitzungsmaterial zur Verhandlung, welches in vierstündiger Sitzung erledigt wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Vertretung Kenntnis davon, daß der Gemeindevorsteher Rara (Rom.) sein Mandat als Gemeindevorsteher niedergelegt hat. Die Annahme der Jahresrechnung für 1923 erfolgte ohne Debatte. Dem Rentanten wird Entlastung erteilt. Der weitere Punkt betraf die Aufstellung der neuen Zeit bei der Genossenschaft. Bauunternehmer u. a. m. v. S. übernommenen 17 Anteile infolge Umstellung auf Goldmark. Bei Übernahme aller Anteile war ein Betrag von über 5000 M nachzuschaffen gewesen. Vertretung übernimmt aber nur entsprechend der Beteiligung bei anderen ähnlichen Unternehmen 3 Anteile a 300 M. Es wird endgültig beschlossen, daß das Hauszinssteuer-aufkommen für 1924 nur für den Neubau Ede Quers- und Wittenstraße und für die Solzhäuser vorzuziehen ist. Für 1925 werden für diese Bauten aus der Hauszinssteuer keine Beträge mehr vorzuziehen. Der Gemeinde ist für 1925 aus dem Wohlfahrtsfonds ein Betrag von 8000 M überlassen. Dieser Betrag zusammen mit dem Hauszinssteuereinkommen für 1925 wird für Hauszinssteuerhypotheken zur Verfügung gestellt. Mit dem Ausbruch der Wittenstraße von der Stadtgrenze bis zum Hellweg in Lär ist nunmehr begonnen. In der Angelegenheit betreffend die Aufstellung der Friedhofsmauer entlang der Lemmingerstraße in Lär sind Verhandlungen mit der evang. Kirchengemeinde gepflogen. Die Kirchengemeinde stellt die für die Freilegung der Lemmingerstraße erforderlichen Grundflächen ohne Entschädigung zur Verfügung. Weiterhin wurde die Umgestaltung der Dorfstraße beschlossen. Die Westfälische Straßenbahn soll aufgegeben werden, entweder die Lemmingerstraße zwischen den dort noch liegenden Straßenbahngleisen ordnungsmäßig auszubauen, oder den Umlauf der Straße wieder herzustellen. Der Jugendauschuss soll entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen bestehen aus 1. dem Gemeindevorsteher als Vorsitzenden, 2. 4 Mitgliedern, die vom Gemeindevorstand auf Grund von Vorschlägen von Vereinen, die sich ganz oder vorwiegend mit Jugendwohlfahrt befassen, ernannt werden. 3. Den Ortsgeistlichen. 4. 2 Lehrpersonen. 5. 2 Mitglieder, die in der Jugendwohlfahrt erfahren sind. Aus der Lehrerschaft werden gemäß den Vorschlägen Hauptlehrer Funk und Lehrerin Kautz als Mitglieder gewählt. Für die zu 1925 ernannten Mitglieder werden

Gemeindevorsteher Schlang und Schreier Elfrida gewählt. Da Mittel für die bisher durchgeführte Schulbewegung nicht mehr überwiesen werden, soll in Zukunft an beschränkte und unterrichtliche Kinder täglich 1/2 Liter Milch verabfolgt werden. Die Schulbewegungsstelle in der Friedrichstraße soll ausgeschrieben werden. Im übrigen wurden noch verschiedene Schulachen und andere kleinere Gemeindegangelegenheiten geregelt.

Jugendpflege in Weimar.

ad. Weimar, 10. Juni. In letzter Zeit hat sich in Weimar immer mehr zunehmendes Interesse für Jugendpflege gezeigt. Der Ortsausschuss für Jugendpflege, dem sowohl Vertreter aller angeschlossenen Vereine, wie solche von Kirche und Schule angehören, hat die von der Geschäftsstelle entworfenen und vom Arbeitsausschuss durchberatene Satzung beschlossen, sodas nunmehr dem Ortsausschuss für seine Aufgabe eine gute Grundlage gegeben ist. Mehrere vorliegende Anträge auf Gewährung einer Beihilfe für die schulclassene Jugend fanden auf Günstigen der angeschlossenen Vereine ihre Erledigung und es wurde besonders begrüßt, daß die Gemeindevorstellung dem Ortsausschuss das Recht der Vertretung der im Haushaltplan für Jugendpflege vorgesehenen Gelder ausgesprochen hat. Es wird mit in Zukunft eine schnellere Erledigung laufender Anträge möglich sein. Hauptzweck des Ortsausschusses ist jedoch nicht, die angeschlossenen Vereine soweit es die finanziellen Mittel zulassen, durch kleine Beihilfen zu unterstützen, sondern dafür Sorge zu tragen, daß wahre Jugendpflegearbeit geleistet wird. Hierfür sind aber Schaffung von Spielplätzen, sowie einer Turnhalle unbedingte Voraussetzungen. Es wurde mit in der Beschluß gefaßt, wenigstens für jeden Gemeindebezirk einen Spielplatz zu schaffen und für sämtliche Bezirke eine Turnhalle zu errichten. Geeignete Plätze hierfür wurden in Vorschlag gebracht. Den Hauptpunkt der Tagesordnung nahm jedoch die Beipredung der Vorarbeiten für den diesjährigen Sportwettag ein. Dem Wunsch, in diesem Jahre nicht nur die sporttreibenden Vereine zur Geltung kommen zu lassen, sondern auch diejenigen, die sich mehr der Jugendpflegearbeit gewidmet haben, soll dadurch entsprochen werden, daß die diesjährigen Veranstaltungen an 2 Tagen stattfinden werden und zwar wurde die Einführungsfest auf den 25. Juli, und die Hauptveranstaltung auf den 26. Juli festgelegt. Bei der Einführungsfest, wie bei der Hauptfeier kommen sämtliche nicht sporttreibenden Vereine zu ihrem Rechte, während die sporttreibenden Vereine ihre Wettkämpfe im Laufe des Sonntags von vormittags 8 Uhr bis abends 7 Uhr auf dem Sportplatz an der Wasserstraße austragen werden. Das bereits in den Grundzügen festgelegte Programm für die Einführungsfest und Hauptfeier (Saalfeier) weist an Darbietungen auf: Streichmusik, Chorgeränge, Deklamationen, Reigen, Aterauaufführungen usw.

ad. Weimar, 10. Juni. Schwere Kollision. Am 10. d. M. ereignete sich an der Gattinger- und Theodorstraße ein Unglücksfall. Ein bei der Gattingerstraße hinauffahrendes Auto überfuhr einen von der Theodorstraße kommenden Radfahrer und daraufhin ein Kind, das hinter dem Fahrrad lief. Das Kind mußte infolge der Verletzungen am Kopf ins Krankenhaus geschafft werden.

ad. Lär, 10. Juni. Verein heimatreuer Ost- und Westpreußen. Am 30. d. M. führt wieder ein beschleunigter Sonderzug nach der Heimat. Das Fahrgeld ist ca. 10 M niedriger als beim gewöhnlichen Personenzug. Anmeldungen nimmt der Schriftführer L. Rander, Hellweg 60, täglich nachm. 7 Uhr, in seiner Wohnung und am 15. vorm. 10 Uhr im Vereinslokal Kuhnweide entgegen. Bei der Anmeldung muß auch die Zeit der Rückfahrt angegeben werden.

ad. Nienmeyer, 10. Juni. Vom Friedhof. Unter Eingeladten brachten wir kürzlich eine Aufschrift, in der zu Bestrafungen von Denkmälern und Blumenbischlären Stellung genommen wurde. Hierzu erfahren wir von authentischer Seite, daß die Bestrafungen von Denkmälern bis zum Jahre 1912 zurückliegen, und daß die Täter damals, was hier allgemein bekannt ist, auch gerichtlich bestraft worden sind. Auch die Entwendung von Blumen soll in diesem Jahre geringer als sonst sein. Gerade die beamteten Stellen setzen alles daran, Friedhofschänder dingfest zu machen, wie schwer das aber fällt, wissen viele aus eigener Erfahrung.

ad. Lär, 10. Juni. Zusammenstoß. Hier kam es an der Ecke Unterstraße zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen einer Heumendmaschine und einem Straßenbahnwagen. Der Fuhrmann kam unter die Räder und erlitt eine Brustverletzung. Das Pferd kam zu Fall und die Deichsel brach durch.

ad. Bochum, 10. Juni. Berufsschule. In der in der evang. Volksschule stattgefundenen Sitzung des Kuratoriums der Berufsschule Bochum-Dören wurde der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925 in Einnahme und Ausgabe auf den Betrag von 694 M festgesetzt. Vom 1. April 1925 soll wieder ein Arbeitgeber-Beitrag von 2 M pro Schüler erhoben werden.

ad. Werne, 10. Juni. Zahlung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer. Nach einer Verordnung des Hr. Finanzministers sind die Grundvermögens- und Hauszinssteuererträge spätestens am 25. eines jeden Monats an den Staat abzuführen. Die Gemeindefälle muß deshalb unbedingt darauf sehen, daß die fälligen Steuern von den Steuerpflichtigen rechtzeitig eingezahlt werden. Der Fälligkeitstermin ist der 15. jeden Monats, die Schonfrist endet am 22. Die nach diesem Termin noch rückständigen Beträge müssen sofort im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens eingezogen werden. Außer den durch die Zwangsversteigerung entstehenden Versteigerungskosten werden Verzugszuschläge in Höhe von 1 Prozent für jeden angefallenen halben Monat erhoben. Sollte jemand durch besondere Umstände nicht in der Lage sein, seine Steuern pünktlich zu entrichten, so hat er bei der zuständigen Steuerbehörde eine Stundung zu beantragen.

ad. Werne, 10. Juni. Im Streit erstickten. Der Bergmann Wilh. Thomas aus der Rillingstraße hatte am Montag vormittag mit einem Einwohner dem Alkohol reichlich ausprobiert. Er ging dann in die Wohnung des Bergmanns Karl Giesemann, die in demselben Hause liegt, und befehlte dort dessen Ehefrau. Da wurde Giesemann erstickt und es kam zu einem Wortwechsel, der schließlich in eine Schlägerei endete. Im weiteren Verlauf des Streites brachte

Wusst Du weiße Wäsche
Wasche mit Pece
Pece, die selbsttätige Bleichseife!

